

Die Frustration der Bürger

Vereine fordern stärkere öffentliche Beteiligung bei Planungen

Von HENNING KRAUDZUN

Potsdam (MOZ) Bei einer Konferenz freier Träger für politische Bildung in Potsdam wurde Kritik an den großen Hürden für Bürgerbeteiligung geübt. Bei vielen staatlichen Planungen in Brandenburg sei die Möglichkeit der Einflussnahme gering, das Sorge für weitere Frustrationen bei den Menschen, hieß es bei dem Treffen zum Thema in der Landeszentrale für Politische Bildung. Die jüngsten Proteste gegen die Flugrouten hätten dies gezeigt.

„Die Mentalität in vielen Ämtern verhindert eine breite Beteiligung der Öffentlichkeit“, sagte der SPD-Bundestagsabgeordnete Michael Bürsch, der sich seit Jahren in Netzwerken für mehr politische Partizipation von Bürgern einsetzt. So werde das vor knapp fünf Jahren in Kraft getretene Informationsfreiheitsgesetz in vielen Behörden „regelrecht torpediert“. Demokratie müsse daher verstärkt auch in der Verwaltungsbildung vermittelt wer-

den. „Vielerorts herrscht noch der Obrigkeitsstaat“, sagte Bürsch, der von 1998 bis 2002 eine Enquete-Kommission im Bundestag zur Zukunft des bürgerlichen Engagements leitete.

Dass es nicht nur auf lokaler Ebene mitunter Schwierigkeiten gibt, berichteten andere Teilnehmer der Konferenz. „Wenn man an den brandenburgischen Ministerpräsidenten einen offenen Brief schreibt, bekommt man keine Antwort“, sagte Hartmut Lindner vom Verein „Choriner LandSalon“ im Barnim. Diese Erfahrung hätten auch andere Vereine gemacht. „Das ist ein Defizit, was das demokratische Selbstverständnis angeht“, betonte er. Georg-Heinrich von Eichborn vom Verein „Zossen zeigt Gesicht“ meinte, dass sich Bürgerbeteiligung oft „mühselig und bitter“ erkämpft werden müsse. „Wir stehen in Brandenburg da erst am Anfang.“ Oft komme man nicht auf einen gemeinsamen Nenner, führt eine weitere Vereinsvertre-

terin an. „Wir gehen meist nicht gut miteinander um.“

Dennoch, so schätzten es die Beteiligten ein, gebe es große Potenziale für mehr Engagement von unten – vor allem in der älteren Generation. „Es gibt in vielen Dörfern zwar eine große Abneigung gegen Politik, aber die kann man überwinden“, sagte der Politikwissenschaftler Marc Schreiber. „Das Interesse, Dinge zu bewegen, ist letztlich groß.“ Dies bestätigte Martina Weyrauch, Leiterin der Landeszentrale für politische Bildung. Mittlerweile gebe es in Brandenburg 120 aktive Vereine, die politische Bildungsarbeit leisten. Darunter seien etablierte Organisationen, aber auch kleine Wohnzimmer-Runden in Dörfern. Für die Projekte könne die Landeszentrale jährlich rund 430 000 Euro zur Verfügung stellen. „Und das Thema Bürgerbeteiligung hat derzeit ohnehin Hochkonjunktur“, sagte Weyrauch.